Bundestagssitzung vom 20.03.2014, TOP 5

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

> Beratung des Antrags der Abgeordneten Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Ulle Schauws, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
>
> **Geburtshilfe heute und in Zukunft sichern – Haftpflichtproblematik bei Hebammen und anderen Gesundheitsberufen entschlossen anpacken**
>
> **Drucksache 18/850**
>
> Überweisungsvorschlag:Ausschuss für Gesundheit (f)Ausschuss für Arbeit und SozialesAusschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich gebe das Wort zur Eröffnung der Debatte Elisabeth Scharfenberg für Bündnis 90/Die Grünen.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! In den letzten Jahren haben wir sehr viele besorgte Zuschriften zur Situation der Hebammen erhalten. Grund dafür sind die gestiegenen Haftpflichtprämien, die die Existenz der Hebammen bedrohen. Sie sehen sich nicht mehr in der Lage, ihren Beruf auszuüben. Diese Brandbriefe bekamen wir nicht nur von Hebammen, sondern aus allen Teilen der Bevölkerung, sehr häufig von Familien, die sich Sorgen gemacht haben, dass sie ihr Kind nicht so zur Welt bringen können, wie sie sich das wünschen, zum Beispiel zu Hause oder in einem Geburtshaus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)1798 Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – 23. Sitzung. Berlin,

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über die Haftpflichtversicherung der Hebammen und der Geburtshelfer reden, dann sprechen wir nicht über dröge Versicherungsmathematik. Nein, wir reden darüber, ob werdende Eltern frei entscheiden können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen. Die Zeit drängt. Deswegen ist die Bundesregierung jetzt gefordert, endlich etwas zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Verständnisvolle Worte an die Hebammen zu richten, ist das eine, Herr Minister. Sie umzusetzen, ist das andere.

Seit 2003 steigen die Beiträge, die vor allem freiberufliche Hebammen für ihre Haftpflichtversicherung zahlen müssen, über alle Maßen. Ich will hier einmal ganz deutlich werden: Im Jahr 2003 musste eine freiberuflich tätige Hebamme rund 500 Euro pro Jahr für ihre Haftpflichtversicherung bezahlen. Im Juli 2010 waren es rund 3 700 Euro. Das entspricht einer Steigerung um über 700 Prozent. Und das geht so weiter. In diesem Jahr sollen die Prämien bis auf 5 000 Euro steigen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Buh!)

Zudem ist kaum noch ein privates Versicherungsunternehmen überhaupt bereit, Haftpflichtversicherungen für den Bereich der Geburtshilfe anzubieten. Nun will in diesem Jahr auch noch einer der letzten verbliebenen Anbieter abspringen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Schon jetzt steigen immer mehr Hebammen aus der Geburtshilfe aus, und immer mehr Geburtshäuser schließen. In strukturschwachen Gebieten ist die Geburtshilfe auch in Krankenhäusern gefährdet. Dort schließen Geburtsabteilungen, oder es schließt gleich das ganze Krankenhaus. Meine Damen und Herren, die Wahlfreiheit werdender Eltern ist damit schon heute massiv eingeschränkt. Es muss jetzt etwas passieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das Problem, das wir heute debattieren, ist nicht erst seit gestern bekannt. Die Herren Gesundheitsminister Rösler und Bahr haben dieses Thema weniger als halbherzig angefasst – und das ist freundlich formuliert.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! So war es!)

Jetzt sind Sie gefragt, Herr Minister Gröhe. Sie müssen sehr kurzfristig – mit „sehr kurzfristig“ meine ich sofort – auf die gesetzlichen Krankenkassen einwirken, damit diese mit den Hebammenverbänden in neue Vergütungsverhandlungen gehen. Freiberufliche Hebammen müssen in der Lage sein, von ihren Honoraren die Haftpflichtprämien zu bezahlen. Herr Gröhe, Sie müssen – auch das sofort – mit den privaten Versicherungsunternehmen reden, damit diese auch weiterhin Haftpflichtversicherungen anbieten; das haben Sie im Gesundheitsausschuss angekündigt, und Sie werden ja auch gleich zu diesem Thema reden. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich nehme Sie beim Wort. Ich bin auf Ihre Taten gespannt. Auch die Hebammen werden heute sehr interessiert zuhören; auch sie sind auf die Ergebnisse gespannt.

Dadurch wird das Problem allerdings kurzfristig nicht gelöst. Diese Maßnahmen – das Reden mit den Hebammenverbänden, mit den Versicherern, mit den Krankenkassen – verschaffen uns allenfalls ein bisschen Zeit. Die Prämien werden weiterhin steigen. Deswegen braucht es einen weiteren Schritt, um die Versicherungsbeiträge real zu senken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch das müssen wir noch in diesem Jahr in Angriff nehmen. Im Kern gibt es hier zwei Möglichkeiten: Die erste Möglichkeit ist ein Haftungsfonds. Das heißt, die Versicherungsunternehmen kommen nur noch bis zu einer festgelegten Obergrenze für Schäden auf; darüber übernimmt dann der Haftungsfonds die Kosten. Die zweite Möglichkeit ist: Man begrenzt die Summen, die sich die Sozialleistungsträger, zum Beispiel die Kranken- oder Rentenversicherung, im Schadensfall von den Versicherungsunternehmen zurückholen können; hier sprechen wir dann von der Regressbeschränkung.

Beide Modelle – das wissen wir – sind nicht perfekt. Aber sie können zumindest für einige Zeit die Situation der Hebammen und damit der Geburtshilfe etwas entspannen. Diese Zeit brauchen wir, um eine grundlegende Reform umzusetzen. Wir als Grüne sagen, dass wir eine Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nicht nur die Hebammen, nein, alle Gesundheitsberufe ächzen unter den steigenden Haftpflichtprämien. Die Prinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung könnten ein Vorbild für eine gesetzliche Berufshaftpflicht sein. Das, Herr Minister, sollte die Bundesregierung ganz dringend und schnell untersuchen, damit wir bald ein tragfähiges und nachhaltiges System auf die Beine stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, die Hebammen und die Eltern haben nun schon sehr lange gehört, wie kompliziert ihr Problem ist; das stimmt. Aber Sie hatten nun auch lange genug Zeit, eine Lösung zu finden.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die letzte Legislaturperiode verschlafen!)

Sie müssen jetzt auch eine Entscheidung treffen; denn Zeit haben die Hebammen nicht mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage noch einmal ganz klar: Wir reden hier nicht über Zahlen. Wir reden hier über das Überleben des Berufsstandes der Hebamme. Wir reden über die Wahlfreiheit der werdenden Mütter und Eltern beim wichtigsten Ereignis ihres Lebens, nämlich bei der Geburt ihres Kindes.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort hat für die Bundesregierung Minister Hermann Gröhe.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einem Thema, das sehr viele in diesem Haus – das weiß ich aus einer Fülle von Briefen – sehr intensiv umtreibt.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider umtreiben muss!)

Nicht nur die Mitglieder der Berufsgruppe selbst – da haben Sie völlig recht –, sondern auch viele Mütter und Väter fragen, wie wir angesichts der Sorgen der Hebammen in unserem Land Sicherheit schaffen. Ich sage sehr deutlich: Das Bekenntnis des Koalitionsvertrages, eine ortsnahe Geburtshilfe und eine angemessene Vergütung der Hebammen in unserem Land sicherzustellen, ist nicht nur ein Arbeitsauftrag der Koalition, sondern mir auch ein persönliches Herzensanliegen. Ich werde Ihnen hier gerne über die Dinge, die wir bereits getan haben und weiter tun werden, Auskunft geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Arbeit der Hebammen ist unverzichtbar. Sie haben nicht nur Wertschätzung und eine angemessene Vergütung, sondern vor allem Sicherheit im Hinblick auf die Zukunft ihrer Berufstätigkeit verdient. Sie sprachen vom einschneidendsten und schönsten Erleben, das Familien mit der fachlich versierten und menschlichen Zuwendung von Hebammen verbinden: der Geburt eines Kindes. Das zeigt sich ja auch an der großen Sympathie, auf die die Aktionen der Hebammen bei der Bevölkerung in unserem Land stoßen.

Sie haben die beiden Entwicklungen, die Sorgen bereiten, angesprochen: die Steigerung der Haftpflichtprämien einerseits, eine Entwicklung der letzten Jahre, in der Tat, und den Ausstieg eines großen Versicherungsunternehmens aus dem Gruppentarif eines deutschen Hebammenverbandes andererseits, eine Entwicklung der letzten Woche, die eine weitere Verschärfung bedeutet.

Ihr Antrag betont dabei zu Recht – das will ich ausdrücklich sagen –, dass der Anstieg der Haftpflichtprämie nicht auf einer Zunahme der Schadensfälle beruht. Unsere Hebammen in Deutschland leisten eine herausragende Arbeit. Fehler passieren sehr selten. Aber gleichzeitig gebietet es die Wahrheit, darüber zu reden, dass wir bei der Haftpflicht über die Haftung für Fehler reden. Ich glaube, wir brauchen im Gesundheitsbereich, in der Pflege, im Krankenhaus, bei den Hebammen eine Bereitschaft, darüber in einer Weise zu reden, die weder fragwürdig dramatisiert, ja eine ganze Berufsgruppe auf die Anklagebank setzt, noch bei den Betroffenen den Eindruck erweckt, wir würden geradezu Probleme unter den Teppich kehren.

Wir reden darüber, dass Menschen auch in hochanspruchsvollen Tätigkeiten Fehler machen, einen Ausdruck, den Ihr Antrag vielleicht nicht durch Zufall meidet, wie er überhaupt in dieser Debatte häufig vermieden wird, und dass diese Fehler schwerste Folgen für andere Menschen haben können. Ich finde es gut, dass Sie in Ihrem Antrag – auch das will ich sagen – der Haltung, den Schadensersatz zu begrenzen, entgegentreten, die es ja mitunter auch in der öffentlichen Debatte gibt.Dann würden wir Familien in dramatischen Situationen im Stich lassen. Das kann kein Weg sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie fragen: Was ist getan worden? Der Gesetzgeber hat 2011 gehandelt: Wir haben im Gesetz klargestellt, dass zum 1. Januar 2012 die gesetzlichen Krankenversicherungen den Hebammen die Kosten der Berufsausübung – die Haftpflichtversicherung ist in der Gesetzesbegründung ausdrücklich genannt – angemessen vergüten. Dies ist umgesetzt worden in Vereinbarungen der Hebammenverbände mit den gesetzlichen Krankenversicherungen und hat erhebliche Erhöhungen der Vergütung zur Folge gehabt.

Ich hatte ein intensives Gespräch mit allen deutschen Hebammenverbänden. Kritisiert wird, dass diese angemessene Berücksichtigung der Haftpflichtprämie in der Vergütung sich erst ab einer bestimmten Anzahl betreuter Geburten auswirkt. Dies ist eine Herausforderung. Zugleich sprechen Sie in Ihrem Antrag die Frage an, ob es nicht aus Gründen der Qualitätssicherung – es geht um die Sicherheit der Frauen – notwendig sein sollte, innerhalb eines festgelegten Zeitraums eine bestimmte Anzahl von Geburten betreut zu haben. Das muss im Rahmen der entsprechenden Qualitätsrichtlinien der Selbstverwaltung festgelegt werden. Es zeigt aber ein Spannungsverhältnis auf: Mindestanzahl, gleichsam um Erfahrung zu sichern, und ortsnahes Angebot auch im ländlichen Raum müssen in eine vernünftige Balance gebracht werden.

Sie haben die Regierung aufgefordert, mit der Versicherungswirtschaft und mit den Krankenkassen zu sprechen. Ich muss Ihnen sagen: Das geschieht in hoher Intensität seit Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich empfinde Ihren Antrag daher als Ermutigung, weiter intensiv zu verhandeln, bis wir ein Ergebnis erreicht haben. Das ist selbstverständlich, und das sage ich zu.

Wir haben die Versicherungswirtschaft und die Krankenkassen in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die im letzten Jahr in Folge des Bürgerdialogs der Bundeskanzlerin eingerichtet wurde, eingebunden. Wir werden im April den Abschlussbericht, der auch zu den verschiedenen Modellen, die Sie hier erwähnt haben, Stellung nehmen wird, vorstellen.

Wir haben die Versicherungswirtschaft unmissverständlich wissen lassen, dass wir ein überzeugendes Angebot erwarten. Ich habe keinen Zweifel daran, dass man sich dort der Verantwortung bewusst ist. Wir brauchen dringend einen – besser: mehrere – Gruppenhaftpflichttarife, die entsprechend unterbreitet werden. Da zur Stunde diese Verhandlungen laufen, fordere ich auch von dieser Stelle alle Beteiligten – die

Hebammenverbände, die beteiligten Makler, die Versicherungswirtschaft – auf, zügig abzuschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben selbstverständlich auch mit den Krankenversicherungen geredet. Dort ist man sich des Auftrags aufgrund der gesetzlichen Präzisierung, hier die entsprechenden Kosten zu übernehmen, bewusst. Wir haben sehr darauf gedrungen, dass, wenn es zu einer Tarifsteigerung kommt, diese auch zeitnah umgesetzt wird, damit es nicht durch Verzögerungen zu Verunsicherung kommt. Wir werden auch die Frage zu erörtern haben, welche Staffelung vertretbar ist, um gerade auch bei einer niedrigen Anzahl betreuter Geburten ein auskömmliches Einkommen sicherzustellen.

Meine Damen, meine Herren, Sie fordern weitergehende Alternativen. Ich will ausdrücklich sagen: Das bisherige System von privatwirtschaftlicher Haftpflichtversicherung und Kostenübernahme durch die Krankenkasse steht in einer schweren Bewährungsprobe.

(Birgit Wöllert [DIE LINKE]: Ja!)

Ich bin in der Tat der Überzeugung, dass die Hebammen – das haben wir in den Gesprächen zugesagt, und das werden Sie auch in dem Abschlussbericht finden – einen Anspruch haben, dass wir Alternativmodelle umfassend prüfen.

Sie fordern uns in Ihrem Antrag auf, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, schreiben aber selbst, dass wir die verfassungsrechtliche Zulässigkeit prüfen sollen. Das weist darauf hin, wie kompliziert es ist, wenn mit einem Haftungsfonds oder einem Regressverzicht bzw. einer Regressbegrenzung der rechtsstaatlich gebotene Zusammenhang von Schadensverursachung und Übernahme der Haftung begrenzt oder vollständig aufgehoben werden soll. Das ist mit dem Justizministerium und mit dem Arbeitsministerium – soweit es die Rentenversicherung angeht – in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe intensiv erörtert worden. Ich habe sowohl mit Kollegin Nahles wie mit Kollegen Maas noch einmal darüber gesprochen.

Wir prüfen dies – das sage ich ausdrücklich zu –, ich halte es aber noch nicht für ausgemacht – auch da schulde ich Ihnen die Klarheit –, dass ein Systemwechsel wirklich zu einer Verbesserung führt. Das von Ihnen vorgeschlagene Modell, sich langfristig an der Unfallversicherung zu orientieren, ist von der Unfallversicherung selbst als untaugliches Instrument zur Begrenzung der Prämien bezeichnet worden, weil es natürlich auch bei der Umsetzung der Idee, alle Berufsgruppen zusammenzufassen, eine Zuordnung der Prämienhöhe zum Risiko geben muss. Eine solche kennt auch die Unfallversicherung. Deswegen ist auch bei diesem Modell noch lange nicht ausgemacht, ob der von Ihnen angestrebte Erfolg eintrifft.

Ich glaube, wir brauchen sehr kurzfristig eine Verabredung im System, neue Gruppentarife und eine klare Ansage der Krankenversicherung, die Kosten zu tragen. Wir sagen Ihnen zu, die verschiedenen Modelle zeitnah, aber gründlich – den ersten Bericht erhalten Sie noch im April – zu prüfen.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir mit ganzer Kraft daran arbeiten, den Hebammen in unserem Land die Sorgen um ihre berufliche Zukunft zu nehmen. Das sind wir ihnen aufgrund ihrer unverzichtbaren Arbeit weiß Gott schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Hermann Gröhe. – Für die Linke hat Birgit Wöllert das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Birgit Wöllert (DIE LINKE):
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute sage ich ausdrücklich auch: Liebe Gäste! Sie werden gleich hören, warum ich mich heute auch an Sie wende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, erst einmal vielen Dank für diesen Antrag. Wir haben vor, einen ähnlichen Antrag zu stellen. Sie sind uns etwas zuvorgekommen.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Zu spät!)

Das ist aber nicht so schlimm. Wir wollten noch die Antwort auf unsere Kleine Anfrage an die Bundesregierung zur wirtschaftlichen Lage der Hebammen und Entbindungspfleger abwarten. Ich gehe davon aus, dass die Antwort dann in unsere gemeinsame Lösungsfindung einfließen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, dass es einen großen Konsens geben wird, diesen Antrag im Ausschuss zu diskutieren, und es gibt sicher auch einen Konsens, eine Lösung finden zu wollen.

Allerdings – auch das muss ich sagen – ist das Problem so neu auch wieder nicht; denn es beschäftigt und bewegt uns und ganz viele Menschen in diesem Land schon seit längerem. Das gilt übrigens nicht nur für Eltern, sondern in hoher Zahl auch für Großeltern. Ich kann hier für mich sprechen. Ich möchte, dass auch alle meine Enkelkinder dann meine Urenkel sicher auf die Welt bringen können. Die Voraussetzungen und die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen dafür haben wir jetzt hier zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt kommt mein Appell an Sie, liebe Gäste: Seit gestern gibt es im Internet eine öffentliche Petition mit der Nummer 50667 und dem Titel „Gesundheitsfachberufe – Sicherstellung der flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung mit Hebammenhilfe“. Die Mitzeichnungsfrist läuft vom 19. März 2014 bis zum 16. April 2014. Kommen in diesem Zeitraum 50 000 Unterschriften oder Mitzeichnungen über das Internet zustande, dann wird der Petitionsausschuss eine öffentliche Sitzung zu dieser Thematik durchführen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die löst dann das Problem?)

Bis heute sind es bereits 27 500 Unterschriften. Das ändert sich stündlich.

(Beifall bei der LINKEN – Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Und wie heißen die?)

Stündlich erfolgen mehr als 1 000 Mitzeichnungen im Internet,

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Aufzählen! Vorlesen!)

und ich fordere Sie auf, dazu beizutragen, dass die geforderte Zahl deutlich überschritten wird. Sie alle haben das mit in der Hand.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch einmal bei der Initiatorin, Frau Schmuck aus Ingolstadt, recht herzlich bedanken.

Schon vor rund vier Jahren hat meine Fraktion, Die Linke, hier einen ähnlichen Antrag wie heute Bündnis 90/Die Grünen eingebracht, und zwar mit dem Titel „Versorgung durch

Hebammen und Entbindungspfleger sicherstellen“. Das heißt, mindestens seit diesem Zeitpunkt beschäftigt uns diese Frage. Die Hebammen waren damals nämlich in der gleichen miesen Situation.

2010 stellte die Linke fest, dass nur noch 30 Prozent der Hebammen und Entbindungspfleger von ihrem Beruf leben können. Wie sieht es jetzt, vier Jahre später, aus?Nach Presseangaben, die wir alle reichlich verfolgen können, lagen die Stundenlöhne einer freiberuflichen Hebamme oder eines Entbindungshelfers zwischen 2011 und 2014 bei durchschnittlich 7,50 Euro bis 8,50 Euro. Angemessener Verdienst für diese verantwortungsvolle Tätigkeit sieht wohl anders aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Für ein so reiches Land wie Deutschland ist es einfach nur beschämend, wie wir mit den Menschen umgehen, die unserer Zukunft – so nennen wir unsere Kinder so schön vollmundig – auf die Welt helfen. Ich denke, Herr Minister, da tragen Sie eine Verantwortung. Aus Steuermitteln werden im Bereich Gesundheit vor allem versicherungsfremde Leistungen bezahlt. Vielleicht sollten Sie einmal überlegen, dass von den 3 Milliarden Euro, die sich der Finanzminister zurückholen möchte, ein winziger Teil in zweistelliger Millionenhöhe ausreichen würde, um das Problem schnell zu lösen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Sie haben das Problem nicht verstanden!)

2010 schlug die Linke vor, in einem Treffen zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und dem Hebammenverband deutliche Vergütungserhöhungen zu vereinbaren und auch die steigenden Haftpflichtprämien abzusichern. Ich muss sagen: Wenigstens die Übernahme der steigenden Haftpflichtprämien – Sie haben das vorhin angeführt – hat geklappt. Seit 2012 werden diese Kosten von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen.

Anders dagegen sieht es mit der Gesamtvergütung der Hebammen aus; denn sie ist immer noch nicht auskömmlich, wie ich das schon sagte. Zur Hebammentätigkeit gehört eben noch viel mehr, als Kinder auf die Welt zu holen. Hebammentätigkeit – so haben wir es uns von den Hebammen erklären lassen – ist vor allem auch die Betreuung der Mütter vor und nach der Geburt, und zwar über einen längeren Zeitraum. Ich denke, das müssen wir uns auch etwas kosten lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

2010 stellte die Linke fest: Eine flächendeckende Versorgung mit Geburts- und Hebammenhilfe ist gefährdet. – Vorige Woche, also vier Jahre später, wurde im Bundesrat ein Entschließungsantrag zum gleichen Thema behandelt. So ein langer Zeitraum ist beschämend. Was hat sich eigentlich in diesen vier Jahren getan? Machen Sie es besser als Ihr Kollege von der FDP!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Situation in meiner Heimatregion Cottbus-Spree-Neiße kann ich sagen: Dort gab es 2004 noch insgesamt vier Entbindungsstationen. Entbindungsstationen gibt es jetzt nur noch in Cottbus und Forst, womit ihre Zahl auf zwei abgesenkt worden ist. In Spremberg haben wir deshalb aus der Not eine Tugend gemacht und 2005 ein Geburtshaus am Krankenhaus gegründet. Die dort freiberuflich tätigen Hebammen haben eine verantwortungsvolle Arbeit. Die Menschen aus Spremberg und der Region nehmen diese Einrichtung gut an. Aber die Hebammen sind jetzt schon wieder in einer Notsituation. Da haben wir sie gefälligst herauszuholen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist für junge Leute nicht attraktiv, einen Beruf mit solchen Aussichten zu ergreifen. Ein Beispiel ebenfalls aus Brandenburg: Nur im Carl-Thiem-Klinikum in Cottbus gibt es hierzu alle drei Jahre einen Ausbildungslehrgang mit 17 Plätzen. Diese 17 Plätze sind seit 2007 noch nie vollständig belegt gewesen.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Ändern Sie das doch in Brandenburg! Da sind Sie doch an der Regierung!)

So viel zur Motivation für junge Leute. Während wir in unserem Antrag 2010 noch konstatierten, dass die Gründe für diese Entwicklung unklar seien, wissen wir heute: Es gibt Gründe für die Steigerung der Prämien. Deshalb ist es richtig, zügig nach einer Neuordnung der Berufshaftpflicht für Gesundheitsberufe zu sorgen.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Das hat der Minister doch gar nicht infrage gestellt, dass das passiert!)

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Fachgebiete und Tätigkeiten mit einem hohen Haftungsrisiko nicht zwingend zu hohen Prämien führen müssen; denn im Interesse der Daseinsvorsorge brauchen wir sowohl die risikostärkeren als auch die risikoärmeren Gesundheitsleistungen für unsere Bevölkerung. Deshalb sind jetzt die verschiedenen Modelle im Gespräch.

Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion mit einem möglichst schnellen und langfristig haltbaren Ergebnis.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort hat für die SPD-Fraktion Dr. Karl Lauterbach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kritik, dass sich in der schwarz-gelben Koalition im Bereich der Hebammenversorgung nicht viel bewegt hat, habe ich selbst in der letzten Legislaturperiode vorgetragen. Aber diese Kritik ist heute schlicht und ergreifend unfair.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Wo ist da die Logik?)

Denn wir haben gemeinsam in den Koalitionsvertrag aufgenommen, die Hebammenversorgung sicherzustellen, und wir, Herr Gröhe, die Unionsfraktion und meine Fraktion, haben die Arbeit daran sofort aufgenommen und das auch kommuniziert. Wir sind sofort mit den Hebammenverbänden in Gespräche getreten, mit den kleinen Verbänden wie mit den großen. Wir haben mit einzelnen Repräsentanten der Hebammen gesprochen. Noch während der Koalitionsverhandlungen habe ich Teile der Petition entgegengenommen. Wir kommunizieren ständig Zwischenergebnisse. Ich frage daher: Ist es nicht so, dass hier auch ein bisschen Populismus betrieben wird, wodurch bei den Hebammen der Eindruck entsteht, wir würden nichts tun, derweil wir mit voller Kraft an diesem Thema arbeiten?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch in aller Klarheit: Das Problem ist nicht so simpel zu lösen, indem man einen Antrag einbringt, in dem – seien wir doch ehrlich miteinander – so gut wie nichts steht.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wollen Sie denn haben?)

Darin steht nur, dass wir für dieses große Problem eine Lösung finden müssen. Herzlichen Glückwunsch! Das wissen wir seit vier Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann wird es jetzt Zeit!)

Zunächst einmal ist es so: Wir haben in Deutschland eine gute Versorgung mit Hebammen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch!)

Das Kernproblem liegt darin, dass es derzeit eine kleine Gruppe von Hebammen gibt, für die die Versicherungsprämie nicht bezahlbar ist. Das sind im Wesentlichen die freiberuflichen Hebammen. 10 Prozent der Hebammen arbeitet ausschließlich freiberuflich. Diese Hebammen betreuen im Durchschnitt 18 Geburten pro Jahr. Die Hälfte betreut weniger als zehn Geburten pro Jahr. Die Versicherungsprämie beträgt aber 5 000 Euro pro Jahr. Das ist ungerecht; denn es entspricht einem Betrag von 500 Euro pro Geburt. Dass das nicht funktionieren kann, ist uns klar. Daran ändert die Verlagerung derselben Versicherung zu einem anderen Versicherungsträger – ob Unfallversicherung oder Rentenversicherung – mit einem einzigen Anbieter überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Frage ist, wie hoch die Kosten der Versicherung mit Blick auf die Zahl der Geburten sind. Wir arbeiten fieberhaft an einer guten und rechtssicheren Lösung. Das ist viel komplizierter, als Sie es in populistischer Art und Weise erscheinen lassen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn populistisch an unserem Antrag?)

Wir lehnen eine Lösung mit einer Schadensbegrenzung – darin stimme ich Minister Gröhe und meinen Vorrednern zu –, die zulasten der Kinder und Eltern geht, kategorisch ab.

(Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun alle! Das ist eine Unverschämtheit!)

Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Deckungssumme im Gruppenvertrag für die Hebammen beträgt derzeit 6 Millionen Euro. Diese Deckungssumme wollen wir nicht reduzieren, egal wie die Lösung aussieht. 1,5 Prozent der Schäden machen 50 Prozent der gesamten Schadenssumme aus. All diese Schäden sind teurer als 1,5 Millionen Euro pro Kind. Für diese schweren Fälle brauchen wir eine Lösung, aber keine populistische,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist daran populistisch, bitte?)

sondern eine Lösung, die rechtlich trägt – auch verfassungsrechtlich – und die bezahlbar ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sowohl von den Geburtshäusern als auch insbesondere von den Hebammen, die nur wenige Geburten begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In dem jetzigen System ist es sogar so, dass Hebammen, die viele Geburten betreuen, einen Gewinn machen, weil die durchschnittlichen Kosten pro Geburt für die Abdeckung der Versicherung bei jemandem, der 100 Geburten pro Jahr begleitet, die tatsächlichen Kosten der Versicherung übersteigt. Daher ist der Ehrlichkeit halber und zur Vermeidung von Populismus auch darauf hinzuweisen, dass es innerhalb der Hebammenverbände Unstimmigkeiten darüber gibt, wie das Problem zu lösen ist. Denn das jetzige System funktioniert für einige Hebammengruppen sehr gut. Sie wollen eine Lösung innerhalb dieser Logik. Andere Gruppen kommen zu kurz. Für die Gruppen, die zu kurz kommen, brauchen wir eine Lösung. Dafür treten wir an.

Wir brauchen zudem dringend – damit bin ich bei einem Punkt, der bei allem, was wir bisher angesprochen haben, viel zu kurz gekommen ist – eine Qualitätsstudie, aus der hervorgeht, wie gut unsere Hebammenversorgung eigentlich ist, wie stark die Qualität davon abhängt, wie und wo die Geburt erfolgt und ob es einen Zusammenhang zur Zahl der Geburten gibt. Das alles ist in Deutschland nicht bekannt. Aus meiner Sicht ist es fahrlässig, nur eine Versicherungslösung zu fordern, ohne sich für die Qualität der Versorgung zu interessieren.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben den Antrag noch nicht einmal gelesen!)

Die Beseitigung dieser Informationsdefizite sind wir den Kindern und den Eltern schuldig. Daher werden wir eine Lösung finden, die auf einer Untersuchung der Qualität der Hebammenversorgung und der Geburtshilfe in Deutschland basiert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen eine zeitnahe Lösung. Die Lösung soll sicher, insbesondere rechtssicher sein. Sie soll die Kosten gerecht verteilen. Wir wollen – dazu bekennen sich die SPD und die Große Koalition klipp und klar – die Vielfalt der Geburtsmöglichkeiten erhalten. Wir wollen die Hausgeburt, die Klinikgeburt und die Beleggeburt genauso wie Geburten in Geburtshäusern. Die Vielfalt soll erhalten werden, genauso wie die unterschiedlichen Möglichkeiten, als Hebamme zu arbeiten. Wir wollen die rein freiberuflich tätige Hebamme, die Beleghebamme, die Klinikhebamme genauso wie die Hebamme, deren Arbeit eine Mischform darstellt. Wir wollen diese ganze Vielfalt erhalten. Dann ist aber ein Schnellschuss, wie ihn – bei allem Respekt – der vorliegende grobe Antrag darstellt, nicht möglich.

(Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Schnellschuss!)

Wir arbeiten seit Wochen an diesem Thema. Wir haben gerade die Anhörung der Verbände ausgewertet. Die Lösungen, die wir derzeit erarbeiten, werden rechtlich und inhaltlich geprüft. Wir brauchen noch ein paar Wochen. Aber dann legen wir etwas vor, was in den letzten Jahren nicht zustande gekommen ist. Wir brauchen aber Geduld. Wir wollen die Qualität verbessern. Wir wollen zudem die Hebammenversorgung auf dem Land ausbauen. Es geht nicht nur um Erhalt. Auf dem Land gibt es großflächige Versorgungsdefizite. Diese wollen wir beheben.

Verbesserung der Qualität sowie Sicherstellung der Versorgung auf dem Land und der Vielfalt sind unsere Ziele. Für eine entsprechende Lösung brauchen wir noch ein paar Wochen. Aber wir arbeiten fieberhaft daran. Ich bitte um das notwendige Vertrauen. Bitte hetzen Sie die Hebammen nicht auf!

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt ist es aber gut! – Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt langt es aber!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Lauterbach.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):
Ich komme zum Schluss. – Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir dieses Thema nicht ernst nehmen. Das tun wir sehr wohl. Das ist für uns eine Herzensangelegenheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Danke, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Kordula Schulz-Asche für Bündnis 90/Die Grünen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Lauterbach, ich möchte mit Nachdruck Ihren Vorwurf zurückweisen, unser Antrag sei populistisch.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Lösungsorientiert ist er nicht!)

Ich verbitte mir auch Ihren Vorwurf, wir würden Lösungen zulasten der Eltern und ihrer betroffenen Kinder vorschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich verbitte mir diesen Vorwurf und fordere Sie ausdrücklich auf, zu der sachlichen Ebene zurückzukehren, die heute dankenswerterweise der Gesundheitsminister, Herr Gröhe, beschritten hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben über die letzte Legislaturperiode geredet. Aber das Problem, das heute auf der Tagesordnung steht, nämlich die steigenden Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen, ist viel älter. Sie waren schon einmal an einer Großen Koalition beteiligt und hätten agieren können. Die Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen haben sich in den letzten zehn Jahren vervielfacht. Es ist daher billig, dass Sie nur auf die letzte Legislaturperiode zurückschauen und denjenigen, die konkrete Vorschläge machen, Aktionismus vorwerfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sind nun in einer Situation, wo schnell gehandelt werden muss; denn wenn nicht schnell gehandelt wird, dann bedeutet das, dass sich das Problem dadurch löst, dass alle freiberuflich tätigen Hebammen ihre Arbeit aufgeben werden. Das kann nicht im Interesse einer guten Geburtshilfe in Deutschland liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich angesichts der heutigen Diskussion einen Dank an die Hebammen aussprechen, die nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren mit zunehmend einfallsreicheren Aktionen auf ihre Situation hinweisen. Dazu gehört auch diese Petition. Herzlichen Dank an die Hebammen, die immer wieder bereit waren, auf dieses Problem hinzuweisen, und nicht aufgegeben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Aber es geht nicht nur um den Beruf der Hebammen, sondern es geht auch um die gesellschaftliche Grundfrage: Haben Eltern in unserem Land die Wahlfreiheit,

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Was schlagen Sie denn vor?)

in welcher Art und Weise sie Kinder auf die Welt bringen wollen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahlfreiheit der Eltern ist ein hohes Gut. Dazu gehört die Hausgeburt, dazu gehört die Geburt im Geburtshaus, und dazu gehört die Geburt in der Klinik. Das ist das, was heute entschieden wird; denn wenn die Geburt im Geburtshaus und die Hausgeburt wegfallen, dann gibt es keine Wahlfreiheit mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weiler von der CDU/CSU-Fraktion?

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich beantworte sie gleich; denn ich habe sie schon gehört. Es geht um die Frage, was jetzt konkret zu tun ist.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Lassen Sie ihn doch die Frage stellen, Frau Kollegin.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut, dann lasse ich ihn sie stellen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Weiler, Ihre Frage bitte.

Albert Weiler (CDU/CSU):
Ich habe nur eine kurze Bitte. Ich beschäftige mich seit dem Eintritt in den Bundestag – ich bin hier neu – mit dem Thema Hebammen. Ich war selber in den Geburtshäusern. Ich habe Ihrer Kollegin Anja Siegesmund aus Thüringen vor längerem einen Brief geschrieben und um eine konstruktive Zusammenarbeit gebeten; denn auch ich als CDU-Mitglied bin an einer Lösung interessiert.

Es wäre sehr schön, wenn Sie mir weiterhelfen könnten, dass meine Frage nach der Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit beantwortet wird.

Danke schön.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich antworte gerne auf die Bemerkung. Selbstverständlich werde ich Ihre Bitte weitergeben. Vielleicht wird in dem Antwortschreiben einiges von dem stehen, was ich gleich sage.

Es stellt sich jetzt die Frage: Was ist zu tun? Ich glaube, dass es verschiedene Ebenen gibt. Wir müssen zum einen kurzfristig handeln. Herzlichen Dank, Herr Minister Gröhe, dass Sie darauf eingegangen sind; denn die Krankenkassen und die Berufshaftpflichtversicherungen müssen doch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in ihrem Bereich nachkommen und den Beruf der Hebamme kurzfristig finanziell absichern. Wir brauchen zum anderen mittelfristige Lösungen, wie das im Zusammenhang mit dem Haftungsfonds oder anderen Lösungen

diskutiert wurde. Wir brauchen ferner eine Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe, wie es hier besprochen wurde. Natürlich brauchen wir eine regelmäßige Bestandsaufnahme, die zeigt, ob die flächendeckende und gute geburtshilfliche Versorgung in Deutschland gesichert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Frau Kollegin, ich bitte Sie: Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das mache ich auch. – Das sollte unser Ziel sein: eine flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtshilfe. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und die Diskussion unseres Antrags.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Kollege Dr. Roy Kühne für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Roy Kühne (CDU/CSU):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Gröhe! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, dieses Thema heute ist mit Blick auf die Zukunft ganz besonders wichtig.

Die Hebammen und Entbindungspfleger in Deutschland leisten eine hervorragende Arbeit. Diese Leistungen werden überhaupt nicht infrage gestellt. Ihre Zuwendungen und ihre Leistungen in der Vorsorge und in der Wochenbettbetreuung sind für Schwangere und junge Eltern von besonderer Bedeutung. Die Geburtshilfe der freiberuflichen Hebammen ermöglicht vielen Schwangeren die freie Wahl ihres Entbindungsortes. Das ist wichtig. Dies gilt aber nicht nur für Hausgeburten oder die Entbindung in einem Geburtshaus, sondern auch für die Betreuung durch sogenannte Beleghebammen in Krankenhäusern selber.

Das Betreuungsangebot der Hebammen trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass Schwangerschaften einen positiven Verlauf haben. Ich glaube, das ist uns allen wichtig. Darüber hinaus bietet es werdenden Müttern und Vätern Zeit und Raum, sich mit der Problematik zu beschäftigen, in Kursen zu erlernen, mit welchen Aktionen und Reaktionen sie zu rechnen haben.Sie können sich damit theoretisch auseinandersetzen, um sich auf die Aufgabe als Eltern ausreichend vorzubereiten.

Ängste der Frauen vor der Geburtssituation können in ruhiger, eventuell häuslicher Atmosphäre ausreichend besprochen und durch das Erlernen von geburtserleichternden Techniken sogar abgebaut werden. In der Wochenbettbetreuung – das heißt in der Zeit nach der Geburt – können aufkommende Probleme im neuen Familienalltag, die durchaus Stress bedeuten können, direkt in einer Eins-zu-eins-Betreuung gelöst werden.

Viele von Ihnen können sich vielleicht noch daran erinnern, wie sie sich als junge Eltern in der Zeit nach der Geburt fühlten. Manchmal sind diese Zeiten geprägt von Angst – Angst davor, mit der Aufgabe Kindesbetreuung überfordert zu sein, oder davor, für kleine Aufgaben des alltäglichen Lebens keine Lösung zu finden. Ich glaube, viele junge Eltern wissen, was

ich damit meine. Auch meine Frau und ich waren froh, vor, während und nach der Geburt unserer Kinder eine Hebamme an unserer Seite zu haben. Aber dennoch, Frau Wöllert, sage ich ganz offen: Ich bin ganz klar gegen Polemik bei diesem Thema. Ich bin ganz klar gegen gefühlsduselige Petitionen.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Ich glaube, das ist nicht im Interesse der Mütter und Väter und nicht im Interesse der Hebammen. Die Hebammen haben Sachlichkeit verdient; Herr Lauterbach und Herr Minister Gröhe haben es angesprochen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karl Lauterbach [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungskoalition weiß um die Wichtigkeit und die Leistungen der Hebammen. Es ist notwendig, dass Hebammen flächendeckende Angebote für junge Familien machen. Deshalb ist im Koalitionsvertrag ganz klar festgeschrieben, die Versorgung mit Geburtshilfe sicherzustellen sowie für eine angemessene – da stimme ich Ihnen völlig zu – Vergütung zu sorgen. Herr Minister Gröhe und viele Mitglieder der Regierungskoalition haben in den letzten Tagen viele konstruktive Gespräche mit den Hebammen geführt. Dadurch ist viel Klarheit geschaffen worden, worin die Brisanz dieses Themas liegt.

Die aktuelle Situation der Hebammen in Deutschland ist natürlich von dem Problem der gestiegenen Haftpflichtprämien stark geprägt. Eine kostendeckende und auskömmliche Tätigkeit ist momentan zugegebenermaßen schwer möglich. Aber man muss auch sagen, dass in Anbetracht dieser Tatsache bereits Veränderungen der Vergütungsstrukturen stattfanden. Das von der schwarz-gelben Koalition 2012 verabschiedete GKV-Versorgungsstrukturgesetz beinhaltet positive Änderungen. In § 134 a Abs. 1 Satz 3 werden die Kostensteigerungen für die freiberuflichen Hebammen berücksichtigt.

(Birgit Wöllert [DIE LINKE]: Ja!)

Das wurde bereits mehrmals gesagt. Darunter fallen auch die steigenden Haftpflichtprämien. Das GKV-System beteiligt sich an diesen Kosten. In den letzten Jahren ergaben sich daraus Vergütungssteigerungen im zweistelligen Bereich. Zudem wird aktuell pro Hausgeburt ein Ausgleich von 200 Euro für die steigenden Versicherungsprämien gezahlt.

Nichtsdestotrotz muss über die derzeitige Lage der Hebammen in Deutschland intensiv diskutiert werden, und das tun wir auch. Aus diesem Grund gab es innerhalb der interministeriellen Arbeitsgruppe intensive Gespräche mit allen beteiligten Gruppen. Diese gingen über die Haftpflichtproblematik hinaus und tangierten – es wurde schon angesprochen – ebenfalls Themen wie die Ausbildung und Weiterbildung von Hebammen und natürlich die Qualitätssicherung in der Geburtshilfe.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle sind uns einig: Die Qualität der Versorgung hat im Gesundheitswesen höchste Priorität. Das müssen wir als Bundesregierung den werdenden Müttern und Vätern immer wieder sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Wir sind immer noch Legislative, nicht Exekutive! Gewaltenteilung!)

Wenn wir aber über Qualität und Qualitätssicherung reden, brauchen wir Daten. Ich fordere alle beteiligten Seiten auf, die Datenlage zügig zu verbessern. Wir brauchen dies, damit die Argumentationsgrundlage für Diskussionen in der Zukunft geschaffen ist. Ich möchte eine Diskussion aufgrund von Fakten führen.

Wie Herr Minister Gröhe bereits angesprochen hat, wird der erste Bericht der Arbeitsgruppe im Verlauf des Aprils erwartet. Ich erwarte von der Arbeitsgruppe ganz

konkrete Vorschläge, und ich glaube, die werden wir auch bekommen. Ausgehend von dieser Grundlage müssen dann weiter gehende Diskussionen geführt werden. Ich betone mit Blick auf die Interessen der Hebammen: Wir brauchen eine sehr zeitnahe Umsetzung von konkreten Maßnahmen, damit den Hebammen in Deutschland ein ganz klares Signal gesendet wird.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass in diesem Haus bei diesem Thema Einigkeit zu zwei Punkten herrscht:

Erstens. Die ambulante Versorgung durch Hebammen in Deutschland soll flächendeckend erhalten werden.

Zweitens. Es geht – das ist für mich als Vater und auch für die Damen und Herren, die oben auf der Tribüne sitzen, sehr wichtig – um die Gesundheit von Mutter und Kind. Das sollten wir bei dieser ganzen Diskussion nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das nicht vergessen!)

Auch die Koalition weiß um die Dringlichkeit dieser Maßnahmen. Gerade deshalb müssen diese Maßnahmen rechtlich abgesichert und nachhaltig sein. Keinem ist mit einem überhasteten Antrag geholfen, der fordert, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit Schnellschüssen abzuhandeln.

(Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vier Stufen! Die sind nicht überhastet! Das ist kein Schnellschuss!)

Wir brauchen harte Fakten. Warten Sie also bitte den Bericht der Arbeitsgruppe ab, damit wir tragfähige langfristige Lösungen finden – im Interesse von werdenden Müttern und Vätern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Herr Kollege Kühne. – Das Wort hat Bettina Müller für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bettina Müller (SPD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Protestaktionen der Hebammen wegen der Berufshaftpflicht begleiten uns nun schon einige Jahre. Wir erleben heute nicht die erste Debatte in dieser Sache, und nicht zum ersten Mal solidarisieren sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger berechtigterweise mit dem Anliegen der Berufsverbände. Die Empörung ist verständlich. Der drohende Ausstieg des letzten Versicherers zwingt zum Handeln, und es wird auch gehandelt. Der Minister und Karl Lauterbach haben geschildert, dass alle Beteiligten ressortübergreifend an Lösungsmöglichkeiten arbeiten.

SPD und Union haben das im Koalitionsvertrag vereinbart. Der Bundesrat hat eine Entschließung verabschiedet. Heute liegt uns ein Antrag der Grünen vor. Das ist ein wichtiges Signal an die Hebammen: Es wird bereits intensiv und gemeinsam nach Lösungen gesucht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist es aber auch wichtig, heute noch eine andere Botschaft auszusenden, nämlich die, dass in Deutschland die Geburtshilfe insgesamt nicht in Gefahr ist. Weder steht ein Berufszweig vor dem Aus, noch werden Schwangere alleingelassen. Auch das Wahlrecht wollen wir nicht

zur Disposition stellen. So emotional das Thema auch ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir alle sollten uns um eine Versachlichung der Debatte bemühen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zur sachlichen Darstellung gehört, dass in Deutschland fast alle Geburten, nämlich 98 Prozent, in einem Krankenhaus erfolgen. Nur etwa 2 Prozent der Frauen entscheiden sich für eine außerklinische Geburt, zu Hause oder in einem Geburtshaus.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn wir noch ein bisschen abwarten, sind es 100 Prozent!)

Um diese Geburten kümmern sich bundesweit circa 3 500 freiberufliche von insgesamt 21 000 Hebammen.

Die Zahlen des IGES von 2012 zeigen: Im Krankenhaus werden etwa 20 Prozent der Geburten von Freiberuflichen betreut, die dort als Beleghebammen arbeiten. Viele Beleghebammen begleiten zusätzlich auch Hausgeburten und kommen mit den Zuschlägen der Kassen für die Prämien gerade so über die Runden; das ist schon dargestellt worden. Existenzbedrohend ist die Situation natürlich für die Hebammen, die ausschließlich im außerklinischen Bereich arbeiten.

Es steht also nicht die gesamte Geburtshilfe infrage, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern es geht um ein Problem der Berufshaftpflicht für einen Teil der Hebammen und bei einem kleinen Teil der Geburten. Aber ganz klar ist: Dieses Problem muss dringend gelöst werden. Die Hebammen sollen sich nicht länger von einer Vereinbarung mit den Krankenkassen zur anderen hangeln müssen. Auch die Versicherungswirtschaft darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der Grünen geht insofern in die richtige Richtung, als eine langfristige Neuordnung der Berufshaftpflicht für die Gesundheitsberufe gefordert wird. Aber über diese Überlegungen besteht ohnehin Konsens zwischen allen Akteuren.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach?)

Wir müssen jedoch auch die langfristigen Perspektiven für die Geburtshilfe sehr viel mehr in den Fokus rücken. Mit Blick auf die Trends und Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung ist die Haftpflicht letztlich nur ein Thema unter vielen, wenn auch ein drängendes. Der Blick auf andere wichtige Fragestellungen darf hierdurch jedoch nicht verstellt werden.

Die Geburtshilfe in der Fläche, im unterversorgten ländlichen Raum, muss auch bei weiter sinkenden Geburtenzahlen sichergestellt sein. Das gilt für Geburten im Krankenhaus ebenso wie für Hausgeburten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Geburtshilfe ist aber auch hier nur Teil einer Debatte um künftige Versorgungsstrukturen und damit Teil eines ohnehin notwendigen Gesamtkonzeptes.

Die hohe Anzahl der Entbindungen durch Beleghebammen ist ein Beispiel, wie Krankenhäuser schon jetzt mit Sparzwängen umgehen: Geburtsstationen werden abgebaut, Leistungen werden outgesourct und an Beleghebammen abgegeben. Natürlich garantieren Beleghebammen das Wahlrecht der Frauen, sich – völlig zu Recht – eine Hebamme ihres Vertrauens auszusuchen. Aber mir als Sozialdemokratin wäre es natürlich schon lieber, diese Hebammen hätten dann eine ordentlich bezahlte Festanstellung und eine vom Krankenhaus

bezahlte Haftpflichtversicherung und kein prekäres, freiberufliches Arbeitsverhältnis, mit dem sie kaum über die Runden kommen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Erich Irlstorfer [CDU/CSU])

Im Rahmen der ärztlichen Versorgung beginnt ja gerade eine kritische Diskussion über die Freiberuflichkeit. Warum sollten wir dann ausgerechnet bei Hebammen den umgekehrten Weg einschlagen? Natürlich müssen wir zunächst für die freiberuflichen Hebammen in der ambulanten Versorgung nach einer nachhaltigen Lösung suchen. Sie müssen in künftige demografiefeste Versorgungsstrukturen eingebunden und auskömmlich vergütet werden.

Die notwendige Lösung der Haftpflichtproblematik, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann allerdings nur der Startschuss für eine weiter gehende Debatte sein. Damit wird sich die SPD in den nächsten drei Jahren intensiv beschäftigen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner in der Debatte ist Erich Irlstorfer – ich hoffe, ich habe es einigermaßen bayerisch ausgesprochen – für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erich Irlstorfer (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur aktuellen Debatte über Hebammen. Das heutige Thema ist seit Wochen Gegenstand breiter gesellschaftlicher Diskussionen.

In den vergangenen Jahren sind die Kosten für die Haftpflichtversicherung der Hebammen drastisch gestiegen. Sie haben sich in zehn Jahren nahezu verzehnfacht. Die Prämien liegen aktuell bei 4 000 bis 5 000 Euro pro Jahr. Angestellte Hebammen sowie solche, die keine Geburtshilfe leisten, sind von den Kostensteigerungen nicht betroffen.

Grund für die Kostensteigerungen sind die hohen Summen, die inzwischen vor Gerichten für Geburtsschäden erstritten werden. Anders als von einigen angenommen – das möchte ich in dieser Diskussion betonen –, hat sich die Höhe der Haftpflichtprämien nicht aufgrund einer Zunahme von Hebammenfehlern erhöht. Dank des medizinischen Fortschritts können Menschen mit Behinderungen in der Folge solcher Fehler mit ihren Beeinträchtigungen deutlich länger als früher leben. Daher sind die Schadensersatzsummen deutlich angestiegen.

Als Union haben wir die Situation der Hebammen auch weiterhin im Blick. Die zuvor schon mehrfach angesprochene Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Hebammenverbände wurde einberufen, um sämtliche wichtigen Aspekte der Hebammenversorgung näher zu untersuchen. Zur Klärung der Problematik ist auch – ich glaube, das ist wichtig – der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft mit einbezogen worden. Der Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe befindet sich gerade in der Abstimmung mit den Hebammenverbänden und wird demnächst veröffentlicht; der Herr Minister hat es gesagt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist aus meiner Sicht wichtig, diese Debatte auf Grundlage von Daten und Fakten zu führen. Fakt ist eine Explosion der Haftpflichtprämien für – nach Angaben des Deutschen Hebammenverbandes – etwa 3 500 freiberufliche Hebammen sowie der Ausstieg der Nürnberger Versicherung aus der Hebammenversicherung. Dies könnte nicht nur zu einer Bedrohung dieses Berufsstandes, sondern damit auch zu Versorgungsproblemen in der Geburtshilfe führen.

Richtig ist aber auch: Wenn immer weniger freiberufliche Hebammen Geburtshilfe anbieten können, wird in Zukunft das Recht auf Wahlfreiheit des Geburtsortes nicht mehr gewährleistet sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schon jetzt gibt es sowohl in den städtischen Ballungsräumen als auch in dünner besiedelten Gebieten Engpässe in der Versorgung durch freiberufliche Hebammen.

Richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aber auch: Ein Großteil der Freiberuflerinnen hat sich längst auf die Vor- und Nachsorge spezialisiert. Die Zahl der Hausgeburten ist eher gering. Die Zahl der Kinder, die in Deutschland außerhalb von Kliniken geboren werden, liegt seit Jahren zwischen rund 10 000 und 12 500 Kindern; diese Zahlen sind für mich nicht unerheblich, aber so sind die Zahlen. Die meisten Frauen, die ein Kind erwarten – das darf man nicht verschweigen –, gehen aus Sicherheitsgründen zur Geburt lieber in ein Krankenhaus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als Abgeordneter der CSU vertrete ich die Ansicht, dass es auch in Zukunft die freie Entscheidung einer werdenden Mutter bleiben muss, ob sie zu Hause, in einem Geburtshaus oder in einem Krankenhaus entbinden möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In allen genannten Bereichen muss die Qualität der Versorgung gewährleistet bleiben. Eine moderne Gesundheitspolitik geht vom Lebensanfang bis zum Lebensende. Auch vor diesem Hintergrund muss sie sich an der Qualitätsfrage orientieren.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Verschiedene medizinische Studien zeigen, dass Hausgeburten gefährlicher ablaufen können – ich sage bewusst: können – als Geburten in Kliniken. Viele Hausgeburten enden im Krankenhaus. Hier ist eine umfassende Beratung der werdenden Eltern absolut notwendig. Auch muss über mögliche Konsequenzen in Haftungsfragen diskutiert werden, wenn sich Eltern freiwillig und bewusst für diese Form der Geburt entscheiden.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Die Versorgung in der Fläche im Bereich der Geburtshilfe muss gewährleistet bleiben. Zugleich stehen wir dazu, dass Hebammen angemessen vergütet werden müssen und die Haftpflichtproblematik endlich gelöst wird.

Lassen Sie uns aber bitte den Bericht der Arbeitsgruppe abwarten. Nur so kann eine zielgerichtete Diskussion auf der Grundlage von Fakten geführt werden. Sich vor Kenntnis sämtlicher Aspekte über eine bestimmte Fragestellung zu unterhalten, kann nicht Sinn der Sache sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Zum Teil sind die im Antrag der Grünen geforderten Punkte, wie die Abbildung der Kostensteigerungen in der Vergütung, bereits umgesetzt worden, andere werden derzeit noch in den jeweiligen Institutionen diskutiert. Aber ich sage auch: Alle Beteiligten und Betroffenen brauchen dauerhaft tragfähige und finanzierbare Lösungen. Das ist notwendig. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, wenn dem vorliegenden Antrag heute nicht zugestimmt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Herr Kollege. Das ganze Haus gratuliert Ihnen von Herzen zu Ihrer ersten Rede zu einem sehr schönen Thema.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer weiteren Arbeit im Deutschen Bundestag.

Nächste Rednerin ist Marina Kermer von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Marina Kermer (SPD):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Thema der heutigen Debatte beschäftigt uns nun schon seit Jahren. Bisher wurde keine langfristig tragbare Lösung gefunden. Das ist auf Dauer weder für die Hebammen noch für die werdenden Mütter haltbar. Deshalb werden wir das ändern. Das hat Minister Gröhe bereits erklärt, und ich habe keinen Zweifel daran, dass uns das gelingt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Über die nunmehr abzuwartenden Modellvorschläge werden wir dann mit Sicherheit sachlich reden. Bis dahin kann man nur ein paar der Annahmen aus dem heute vorliegenden Antrag diskutieren und die eine oder andere Behauptung geraderücken.

Wir wissen: Hebammen leisten unverzichtbare Arbeit vor, bei und immer stärker auch nach der Geburt; verstärkt auch für Frauen, die stationär entbunden haben. Durch die kürzere Verweildauer im Krankenhaus nach einer Entbindung wird die fachliche Nachsorge zu Hause immer wichtiger.

Dazu kommen gesellschaftliche Faktoren. Den klassischen Familienverband gibt es immer seltener und damit auch weniger direkte Hilfe und Unterstützung durch Familienangehörige. Hebammen sind vor Ort, bei den Familien und können besonders nach der Geburt erste Warnzeichen der Überforderung erkennen und die Familien direkt unterstützen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Birgit Wöllert [DIE LINKE])

Wenn wir uns klar dazu bekennen, dass wir die Arbeit der Hebammen wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie ihre Arbeit verantwortungsvoll ausführen und davon auch leben können. Ich denke, darin sind wir uns alle im Hause einig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uneinig sind wir uns bei der Bewertung der gegenwärtigen Versorgungslage. Der überwiegende Teil der Geburten findet in Krankenhäusern statt. Nur rund 1,7 Prozent der Geburten erfolgen nicht stationär. In den Krankenhäusern gab es laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2012 circa 888 Fachabteilungen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe mit rund 33 400 Betten. Der Nutzungsgrad der Betten lag bei 58,1 Prozent. Damit arbeiten die Krankenhäuser noch nicht an ihrer Kapazitätsgrenze. Ich finde es nicht richtig, Ängste zu schüren; denn wir gehen nicht sehenden Auges in eine Unterversorgung bei der Geburtshilfe.

(Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber bei der Vielfalt der Geburtshilfe!)

Was die Erreichbarkeit von Krankenhäusern mit Geburtshilfe angeht, wurde im IGES-Gutachten festgestellt: Für die Mehrheit der Frauen, nämlich für 88 Prozent, sind Krankenhäuser mit einer Entfernung von unter 10 Kilometern zu erreichen. Auch das spricht für eine gute stationäre Versorgung. Richtig ist: Es gibt gerade in ländlichen Räumen Regionen, die nicht optimal durch stationäre Angebote versorgt sind. Hier müssen wir an-

setzen. Denn die Wahlfreiheit zwischen stationärer und nichtstationärer Entbindung setzt voraus, dass sich ein Krankenhaus im Notfall in Reichweite befindet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Birgit Wöllert [DIE LINKE])

Darüber hinaus kommen bei 20 Prozent der geplanten außerklinischen Geburten die Kinder doch im Krankenhaus zur Welt.

Ein Gedanke fehlt im vorliegenden Antrag völlig: Das bloße Vorhandensein einer Versorgungseinrichtung garantiert nicht automatisch eine qualitativ gute Versorgung, so wie das bloße Vorhandensein von Hebammen noch keine sichere Geburt garantiert.

Wir haben das Thema „flächendeckende Versorgung und Qualität“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, worum es uns primär geht. Es geht nicht nur um Haftpflichtversicherungsprämien und die Frage, ob und wie lange sich die Ausübung des Berufs der Hebamme finanziell rechnet. Es geht um Menschenleben – um das der Kinder und der Mütter.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ja, die Entscheidung für eine Hebamme ist eine extrem emotionale Entscheidung. Nach einer langen, oft sehnsüchtig erwarteten Schwangerschaft steht der Geburtstermin bevor. Neben der Vorfreude auf das Baby gibt es auch Sorge und Angst im Hinblick darauf, dass die Geburt für Mutter und Kind hoffentlich gut verlaufen wird. Genau dann hat man die wichtige Entscheidung über die Art der Entbindung zu treffen, und zwar für sich und das Kind. Deshalb sollten die werdenden Eltern wissen, welche Hebamme wie viele Geburten mit welchen Erfolgen oder Komplikationen aufweisen kann, bevor sie sich entscheiden – entscheiden für eine stationäre oder außerstationäre Entbindung, mit der Hebamme des Vertrauens in der Klinik, im Geburtshaus oder in der vertrauten familiären Atmosphäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Kollegin Kermer. Auch für Sie vom ganzen Haus Beifall für Ihre erste Rede.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen von Herzen eine gute Arbeit hier im Deutschen Bundestag.

Nächste und abschließende Rednerin in dieser Debatte ist Dr. Katja Leikert für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag zu dem wichtigen Thema der Hebammen halten darf.

Es gibt wohl wenige so bedeutsame Veränderungen im Leben wie die Geburt eines Kindes, und es ist für die Eltern gut, in dieser Situation auf die Hilfe der Hebammen setzen zu können. Es ist noch gar nicht so lange her, da war ich selbst sehr dankbar, dass ich den Beistand von Hebammen hatte. Meine Kinder sind jetzt vier und sechs Jahre alt, und ich erinnere mich noch genau, wie wichtig mir die Unterstützung durch meine Hebamme war. Hebammen geben uns die Sicherheit, die wir brauchen, um in die Elternrolle hineinzuwachsen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir von der CDU/CSU wissen, wovon wir reden. Ich habe mir einmal erlaubt, nachzuzählen: Allein unsere Fraktion kommt auf 524 Kinder; das sind 1,7 Kinder pro Abgeordnetem.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und wir reden nicht nur, wir handeln auch; Minister Gröhe hat das ausgeführt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Jetzt würde ich ja gerne eine Nachfrage stellen; ich lasse es aber, Frau Kollegin.

Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):
Wie ist das in Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün regiert? Hier wurde 2012 ein Runder Tisch Geburtshilfe angekündigt; erst in diesem Jahr hat der Runde Tisch zum ersten Mal getagt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Anders als die lautstarken Stimmen der Grünen – wie wir sie eben gehört haben – es dargestellt haben, haben wir in der letzten Legislatur den Stellenwert von Hebammen insgesamt erheblich verbessert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade was die Unterstützung von zumeist jungen Familien in schwierigen Lebenslagen betrifft, war es eine sehr wichtige Entscheidung der christlich-liberalen Koalition, das Modell der Familienhebammen einzuführen. Es ist kein Zufall, den Kinderschutz mit den Hebammen zu verknüpfen, da die Hebammen ganz eng an den Eltern dran sind und sich Zugänge erschließen, die offizielle Behörden so gar nicht aufbauen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Familienhebammen haben eine Brückenfunktion und leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zum Wohle der Kleinsten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle Hermann Gröhe ganz ausdrücklich dafür danken, dass er sich so kurz nach seiner Nominierung als Minister des Themas der Haftpflichtproblematik engagiert angenommen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben es eben schon mehrmals gehört: Gerade die enorm gestiegenen Prämien der Berufshaftpflicht für die freiberuflichen Hebammen – es ist wichtig, da zu differenzieren – in der Geburtshilfe sind zu einer existenzbedrohenden Belastung geworden.

Ich denke, von der heutigen Debatte geht ein klares Signal an die Hebammen aus: Wir werden dafür sorgen, dass zukünftig jede Hebamme eine bezahlbare Versicherung erhält. Es ist jetzt wichtig, dass der bereits angesprochene interministerielle Bericht schnell vorgelegt wird und schnell Lösungen angeboten werden. Ich sage aber auch, dass die Selbstverwaltung und insbesondere die Versicherungen aufgefordert sind, sich konstruktiv an der Lösung des Problems zu beteiligen und ihre gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Darüber hinaus haben wir bereits im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zum Erhalt der flächendeckenden Hebammenversorgung abgelegt. Insofern können sich die Hebammen darauf verlassen, dass eine Regelung in ihrem Sinne – und damit natürlich auch im Sinne aller Eltern – gefunden wird.

Abschließend möchte ich gerne noch einen Punkt ansprechen – es ist ein eher frauenpolitischer Punkt –: Ich finde es ganz großartig, dass die Hebammen ihre politischen Forderungen hier in Berlin so klar zur Sprache gebracht haben. Es gibt wohl keinen Abgeordneten und keine Abgeordnete, der oder die bisher keinen Brief von den Hebammen erhalten hat.

Am Freitag – das wissen Sie alle – ist der Equal Pay Day. Dabei geht es um die Entlohnung in klassischen Frauenberufen. Gerade die finanzielle Würdigung der Arbeit rund um die Geburtshilfe sollte in einem Land, das seit Jahren über Kindermangel debattiert, eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist richtig, dass auch die Vergütung von Hebammenleistungen in der freiberuflichen Geburtshilfe in den letzten Jahren verbessert wurde.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch einmal unsere Anliegen zusammenfassen.Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung im Bereich der Geburtshilfe ein, wir wollen die Wahlfreiheit von Eltern sicherstellen, aber auch an ihre damit verbundene Verantwortung appellieren, wir setzen uns für eine angemessene Vergütung der Hebammen ein, und wir sorgen schnellstmöglich für eine befriedigende Lösung in der Haftpflichtfrage.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Kollegin Leikert. Das Haus gratuliert Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Zu Ihrer Anregung. Sie haben von 1,7 Kindern pro CDU/CSU-Abgeordneten gesprochen. Vielleicht lassen wir den Wissenschaftlichen Dienst checken, wie das bei den anderen Fraktionen aussieht. Dann wissen wir, ob dort auch gearbeitet wird.

(Heiterkeit – Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Spitzenreiter wollen wir wissen!)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/850 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen; Herr Kollege Irlstorfer, es wird heute also nicht abgestimmt, sondern überwiesen. Sind Sie damit einverstanden? – Ja, Sie sind einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.